

Kinder- und Jugendarbeit im »Abwind«

Maßnahmen der Jugendarbeit 1996 im Überblick

Turnusgemäß hat das Statistische Bundesamt für das Jahr 1996 Daten zu den öffentlich geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit veröffentlicht. Ein erster Blick auf die gesamtdeutsche Lage zeigt ein positives Bild: Die Anzahl der Maßnahmen stieg gegenüber 1992 von 127.915 auf 130.372. Und statt 4,3 Mio., wie 1992, nahmen 1996 4,6 Mio. TeilnehmerInnen an den öffentlich geförderten Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung, der internationalen Jugendarbeit, der MitarbeiterInnenfortbildung und der Kinder- und Jugenderholung teil. Doch schon ein zweiter Blick in das umfangreiche Datenpaket, das hier nur ausschnitthaft vorgestellt werden kann, relativiert den ersten positiven Eindruck.

Rückgang der Maßnahmen und der TeilnehmerInnen

Seit 1988 haben in den alten Bundesländern die Maßnahmen und TeilnehmerInnen in der Jugendarbeit zahlenmäßig abgenommen. Sank die Zahl der registrierten Maßnahmen in Westdeutschland von 1988 bis 1992 um 2.031, so reduzierte sich diese zuletzt nochmals um gut 3.300 Veranstaltungen auf 112.101. Diese Entwicklung

- Reduzierung der Jugendarbeit im Westen
- Internationale Jugendarbeit auf dem Rückzug
- Neue Trägerlandschaft in Ostdeutschland

deutet möglicherweise auf einen Popularitätsverlust der öffentlich geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit hin. Hierfür spricht, daß erstmals auch die Zahl der TeilnehmerInnen zurückging, von 3,65 Mio. im Jahr 1992 auf 3,61 Mio. im Jahr 1996. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß diese Entwicklungen auf fiskalpolitische Einschnitte in den öffentlichen Haushalten zurückzuführen sind, da die Ausgaben für die Jugendarbeit im annähernd gleichen Zeitraum in einem Volumen von über 50 Mio. DM reduziert worden sind.

Internationale Jugendarbeit auf dem Rückzug

Auffällig ist, daß sich der Trend des Absinkens im Jahrzehnt des politischen, wirtschaftlichen und sozialen »Zusammenwachsens Europas« auch insbesondere bei den Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit zeigt. Die Daten signalisieren einen rückläufigen Trend in Sachen Internationalität für das

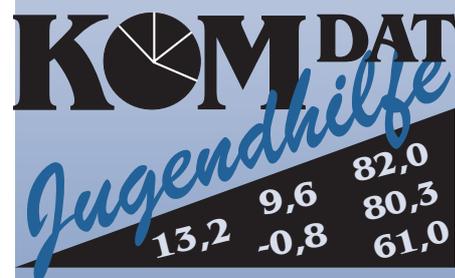
Gebiet der westlichen Bundesländer. Insgesamt umfaßt die internationale Jugendarbeit hier nach der jüngsten Erhebung 4.710 Angebote gegenüber knapp 6.000 gezählten Maßnahmen im Jahre 1992. Diese Entwicklung ist die Fortsetzung einer im Jahre 1988 mit knapp 8.000 Angeboten begonnenen Talfahrt. Sicherlich spiegelt sich hierin die Gesamtentwicklung, doch die rückläufige Entwicklung des prozentualen Anteils der internationalen Jugendarbeit an den Maßnahmen insgesamt von 6,8% Ende der 80er Jahre auf nunmehr 4,2% signalisiert einen Bedeutungsverlust

der internationalen Jugendarbeit im Kanon der öffentlich geförderten Maßnahmen, der nachdenklich stimmt.

Daß sich dieser Befund in den neuen Bundesländern nicht zeigt, im Gegenteil eine Steigerung von 814 auf 1.429 Maßnahmen in diesem Segment zu verzeichnen ist, kann sicherlich positiv bewertet werden.

Maßnahmenzuwachs in den neuen Bundesländern

Diese Entwicklung geht einher mit einem Maßnahmenzuwachs in den neuen Bundesländern um knapp 5.800 auf 18.271 Angebote. Keineswegs jedoch sollte hieraus überschäumend auf eine Expansion der öffentlich geförderten Maßnahmen geschlossen werden. Vielmehr ist es angebracht, zurückhaltender von einem Prozeß des »nachholenden Wachstums« zu sprechen, zumal unsicher ist, ob 1992 bei der ersten Erhebung in den neuen Bundeslän-



Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe, Informationsdienst der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Editorial

Kom^{Dat} ist immer wieder bemüht, neben der Präsentation und Analyse neuer Ergebnisse auch auf die unzureichende Erfassung einzelner Merkmale in der KJHG-Statistik hinzuweisen: In Heft 2 waren dies die »Gründe für länger andauernde Schutzmaßnahmen« und in Heft 3 die »Platzzahlen in geschlossenen Heimen bzw. Abteilungen«.

Damit die Fachwelt, die Politik und die Öffentlichkeit möglichst detailgenau über die Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe informiert werden können, unterstützt die Dortmunder Arbeitsstelle, in Kooperation mit Fachverbänden, das Statistische Bundesamt bei der Präzisierung und Weiterentwicklung der Erhebungsbögen. Erfreulich ist, daß dies in jüngster Zeit im Rahmen der Personal- und Einrichtungsstatistik gelungen ist. Näheres dazu finden Sie in unserem aktuellen Beitrag.

Kom^{Dat} – 1999 nur im Abo

Ab 1999 kann der Info-Dienst nicht mehr kostenfrei verteilt werden. Nutzen Sie daher, sofern Sie Kom^{Dat} noch nicht bestellt haben, das Bestellformular auf der letzten Seite.

Inhalt

Schwerpunktthemen

- Kinder- und Jugendarbeit im »Abwind« . . . 1
- Wieviel Kinder sind in Kindergärten? . . . 2

Kurz und prägnant

- Geschlossene Unterbringung
Ein Thema der KJHG-Statistik? 4
- Verbesserung der Personal- und
Einrichtungsstatistik gelungen 4
- Software für das Jugendamt 5

Notizen

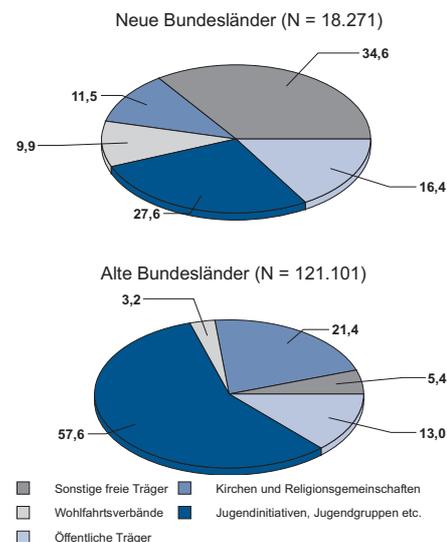
- Leserbrief 5
- Literaturbesprechung 5
- Hinweise 6

dem tatsächlich schon alle Maßnahmen erfaßt werden konnten und darüber hinaus die Ausgangslage insgesamt ein recht niedriges Niveau zeigt.

Neue Trägerlandschaft in den neuen Bundesländern

Maßgeblich für den Zuwachs - und diese Tatsache verlangt eine intensivere Ursachenforschung als hier möglich - ist eine neue Trägerlandschaft in den östlichen Bundesländern. Während sich das Trägerprofil der öffentlich geförderten Jugendarbeit im Westen hinsichtlich der herausragenden Bedeutung von freien Trägern seit Jahren nicht verändert hat, zeigt sich in den neuen Bundesländern zwischen 1992 und 1996 eine Verschiebung der Maß-

Abb. 1: Anteil der Trägerarten an der Maßnahmendurchführung (alte u. neue Länder; 1996)



Quelle: StaBu: Fachserie 13, Reihe 6.2, Stuttgart 1998

nahmendurchführung hin zu den freien Trägern. Prozentual sind diese inzwischen in Ostdeutschland mit einem Anteil von weit über 80% annähernd in gleichem Umfang an der Maßnahmendurchführung beteiligt wie die freien Träger in den alten Bundesländern.

Im Unterschied zu den westlichen Bundesländern zeigt sich jedoch in den neuen Bundesländern die Etablierung einer neuen Trägerstruktur abseits der Jugendinitiativen, Jugend-

gruppen, Jugendverbände und Jugendringe sowie der Wohlfahrtsverbände und der kirchlichen Träger. So führen die in der Statistik als »sonstige freie Träger« bezeichneten Zusammenschlüsse in Ostdeutschland 1996 mehr als jede dritte erfaßte Maßnahme durch, während dies in den alten Bundesländern lediglich auf ca. 5% der erfaßten Angebote zutrifft (vgl. Abb. 1). Diese Differenz zwischen Ost und West deutet auf eine sich »kunterbunt« entwickelnde Kinder- und Jugendarbeit in den neuen Bundesländern hin, die getragen wird durch freie, nicht in den etablierten Jugend- und Wohlfahrtsorganisationen zusammengeschlossenen Vereinigungen.

Fazit: Jugendarbeit im Wandel?

Die amtliche Statistik der öffentlich geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit spiegelt nicht das gesamte Feld der Kinder- und Jugendarbeit in Freizeitzentren und Jugendhäusern wider. Dennoch erfaßt sie einen nicht unbedeutenden Ausschnitt, der möglicherweise erlaubt, allgemeine Entwicklungstrends zu identifizieren. Wenn dem so ist, dann dokumentiert die

Maßnahmenstatistik für die Kinder- und Jugendarbeit

- eine Reduzierung der Kinder- und Jugendarbeit im Westen und einen »nachholenden« Wachstumsprozeß im Osten,
- vor dem Hintergrund der politischen Europäisierung einen Rückgang der internationalen Jugendarbeit in den westlichen und eine Intensivierung der Kontakte zu osteuropäischen Nachbarstaaten auf niedrigem Niveau in den neuen Bundesländern sowie
- eine Festigung der traditionellen Trägerstruktur im früheren Bundesgebiet und die Konstituierung einer neuen Trägerlandschaft in den östlichen Bundesländern.

Darüber hinaus provoziert der in der Statistik ausgewiesene Trend von tendenziell bildungs- zu erholungsorientierten Maßnahmen die Frage, ob sich die Kinder- und Jugendarbeit an der Schwelle zum 21. Jahrhundert auf einem Weg von der Bildungsarbeit hin zur Erholungs- und Erlebnisarbeit befindet.

Jens Pothmann/Werner Thole

Wieviel Kinder sind in Kindergärten?

Schwierigkeiten bei der statistischen Überprüfung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz

Das Herzstück unter den verschiedenen Regelungen zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und zum Aufbau eines bedarfsgerechten Gesamtbetreuungssystems für Kinder aller Altersklassen bildet der erst nachträglich im SGB VIII verankerte Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Mit dem Inkrafttreten des Rechtsanspruchs am

Zeitpunkt zu verschieben. Mit dem Auslaufen der Übergangsregelung ab dem 1. Januar 1999 besteht nunmehr bundesweit für alle Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zum

- Differenziertes Datenmaterial zur Betreuungssituation in Kindergärten steht nicht zur Verfügung
- Die Erfassung des Kindergartenbesuchs muß integraler Bestandteil der KJHG-Statistik werden
- Jährliche Erhebungen sind erstrebenswert

1. Januar 1996 hat der Gesetzgeber den Ländern zugleich die befristete Möglichkeit eröffnet, dieses Recht per Stichtagsregelung für einen Teil der Kinder auf einen späteren

Schuleintritt ein uneingeschränkter Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Im kommenden Jahr wird somit auch die statistische Dauerfrage nach

dem Ausbau- und Entwicklungsstand des Versorgungssystems wieder hochaktuell und zwar insbesondere für die von der Stichtagsregelung besonders betroffene Gruppe der Dreijährigen (vgl. Wilke 1996, S. 121). Obwohl mit der KJHG-Statistik insgesamt ein umfassendes und differenziertes Instrumentarium zur Beobachtung der Kindertageseinrichtungen vorhanden ist, stellt sie bei der Überprüfung des Rechtsanspruchs bzw. Bewertung der Betreuungslage nur ein unvollständiges Hilfsmittel dar (vgl. Behr 1997). Erfassungsmängel zeigen sich vor allem in drei Gründen:

Eine zu empfehlende umfangreiche Analyse zur Situation der Kindertageseinrichtungen, die auf das Erhebungskonzept der KJHG-Statistik zurückgreift, liegt inzwischen als Zahlenspiegel vom Deutschen Jugendinstitut vor. Dieser kann kostenlos beim DJI angefordert werden: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Tageseinrichtungen für Kinder. Pluralisierung von Angeboten – Zahlenspiegel, München 1998 (Tel.: 089/623060).

- Durch den großen Abstand von vier Jahren zwischen den einzelnen Erhebungen steht aktuelles Datenmaterial nicht kontinuierlich zur Verfügung. Planungsrelevante Schwankungen in den Jahrgangsstärken, die sich gerade bei jüngeren Kindern schnell auswirken, können nicht früh genug erfaßt werden.
- In der KJHG-Statistik werden die zur Verfügung stehenden Plätze und nicht die tatsächlichen »Nutzer«, also die Kinder, erfaßt. Dies hat zur Folge, daß u.a. Informationen über einzelne Altersjahrgänge gar nicht zur Verfügung stehen.
- Die für die Umsetzung des Rechtsanspruchs notwendige Unterscheidung von vorhandenen und belegten Plätzen steht nicht zur Verfügung. Es fehlt somit die sozial- und finanzpolitisch wichtige Kennziffer der »Belegungsquote«.

Ungenauigkeiten des Mikrozensus

Angesichts dieser Schwächen bieten sich in puncto Betreuungserfassung die Daten der Mikrozensus-Erhebungen als Alternative zur KJHG-Statistik an. Im Gegensatz zur KJHG-Statistik liefert der Zensus – eine bundesweite Repräsentativerhebung, die auf

einer 1%-Stichprobe der Haushalte beruht – aufgrund des jährlichen Erhebungsrhythmus nicht nur wesentlich aktuellere Daten, sondern auch jahrgangsbezogene Informationen darüber, ob z.B. die Drei- oder Vierjährigen einen Kindergarten besuchen oder nicht. Das Merkmal »Einrichtungsbesuch« ist darüber hinaus mit familien- und haushaltsrelevanten Merkmalen gekoppelt, aus denen sich zum Teil differenzierte Aussagen zur sozialen Herkunft der Krippen-, Kindergarten- und Hortkinder gewinnen lassen (vgl. DJI 1998, S. 33 ff.).

Betrachtet man unterdessen die Befunde zu den Kindern im Kindergarten innerhalb des Mikrozensus genauer, so zeigen sich im Vergleich mit der als Vollerhebung angelegten KJHG-Statistik

Tab. 1: Vergleich der KJHG-Statistik und des Mikrozensus zu Kindergartenplätzen und -besuch (31.12.94 bzw. 01.04.95)

B.-Länder	KJHG-Statistik 31.12.94	Mikrozensus 01.04.95	Differenz in %
B.-Württem.	392.909	307.000	-22
Bayern	366.473	330.000	-10
Berlin	88.206	93.000	5
Berlin-West	38.991	51.000	31
Berlin-Ost	49.215	42.000	-15
Brandenb.	93.814	93.000	-1
Bremen	15.032	11.000	-27
Hamburg	28.964	38.000	31
Hessen	176.578	167.000	-5
Meck.-Vorp.	65.491	62.000	-5
Niedersach.	198.741	206.000	4
NRW	450.615	381.000	-15
Rheinl.-Pfalz	144.938	116.000	-20
Saarland	33.873	24.000	-29
Sachsen	157.243	155.000	-1
Sa.-Anhalt	93.106	80.000	-14
Schl.-Holst.	68.904	74.000	7
Thüringen	93.996	76.000	-19
Insgesamt	2.468.883	2.213.000	-10

Quelle: StaBu: Fachserie 13, Reihe 6.3.1 Tageseinrichtungen für Kinder 1994, Stuttgart 1996; StaBu: Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3: Haushalte und Familien (Ergebnisse des Mikrozensus), Stuttgart 1996

stik deutliche Differenzen (vgl. Tab. 1). Obwohl die KJHG-Statistik die Plätze und der Mikrozensus die Kinder zählt, müßte eigentlich eine hohe Übereinstimmung erreicht werden, da zumindest für den Westen Deutschlands Ende 1994 aufgrund der Unterversorgung zu erwarten ist, daß auch jeder angebotene Platz belegt war. Empirisch wird dies z.B. durch die jährliche bayrische Kindergartenstatistik belegt, bei der auch die Anzahl der Kinder erfaßt wird. Die teilweise deutlichen Abweichungen zur Vollerhebung der KJHG-Statistik bis zu 31% legen nahe, daß die repräsentative Stichprobe offenbar zur Erfassung der realen Besuchsquote nur eingeschränkt nutzbar ist.

Ebenso zeigen sich auch erhebliche Unterschiede zu den Angaben der Landesjugendämter und der Jugendministerien. So meldete z.B. das Landesjugendamt Mecklenburg-Vorpommern auf der Basis der geförderten Plätze am 01.03.97 eine Versorgungsquote der 3- bis unter 6,5jährigen von 89,3%, während der Mikrozensus für den 01.04.1997 nur 78,6% ausweist (vgl. Pothmann/Schilling 1998, S. 100).

Aber auch bei einer internen Analyse der Mikrozensusdaten über mehrere Jahre hinweg weisen die Versorgungsquoten z.T. unerklärliche Entwicklungssprünge bei einzelnen Bundesländern auf. So besuchten laut Angaben des Mikrozensus in Nordrhein-Westfalen 1994 ca. 420.000 Kinder am 1. April einen Kindergarten, 1995 sank die Kinderzahl im Volumen von ca. 39.000, um dann 1996 wiederum um 84.000 Kinder anzusteigen.

Der interne und externe Vergleich der Mikrozensusdaten macht deutlich, daß diese Datensätze bislang keine verlässlichen und eindeutigen Informationen liefern, auf deren Basis Aussagen über Versorgungsquoten und die Umsetzung des Rechtsanspruchs möglich wären.

Neue Anforderungen an die KJHG-Statistik

Angesichts dieses Mißverhältnisses zwischen dem gesellschaftlichen Stellenwert von Kindertageseinrichtungen

und der Erfassungsqualität der vorhandenen Verfahren ist eine Verbesserung des statistischen Handwerkszeugs dringend erforderlich. Zur Schaffung eines differenzierten und zeitnahen Erhebungsinstrumentariums bietet sich die Erweiterung der KJHG-Statistik in zweifacher Hinsicht an:

- die zusätzliche Erfassung der belegten Plätze in Form von Alter, Geschlecht und Nationalität der Kinder;
- die Verkürzung des Erhebungszeitraums auf ein oder wenigstens zwei Jahre, um die Informationsbedürfnisse bis auf Kreisebene zu erfüllen.

Entsprechende landesrechtliche Regelungen wurden bereits in Schleswig-Holstein und Bayern umgesetzt. Dieser schon 1995 von der Jugendministerkonferenz empfohlene Weg eröffnet die Chance, ein bundesweites Vergleichsinstrument zur Verfügung zu stellen, das zuverlässige landes-, stadt- und kreisbezogene Aussagen zuläßt, und somit auf Landesebene Versorgungslücken aufdeckt sowie auf Kreisebene zusätzlich als wichtiges Planungsinstrument dienen kann.

Karin Beher/Matthias Schilling

In diesem Heft verwendete Literatur:

- Beher, K.: Tageseinrichtungen für Kinder. Perspektiven einer reformierten Statistik, in: T. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Band II: Analysen, Befunde und Perspektiven, Neuwied u.a. 1997, S. 321-366.
- Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (DJJ): Tageseinrichtungen für Kinder. Pluralisierung von Angeboten – Zahlenspiegel, München 1998.
- Kreidenweis, H.: Software für die Sozialarbeit, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, 1997, Heft 6, S. 115-117.
- Pothmann, J./Schilling, M.: Der Arbeitsmarkt Kinder- und Jugendhilfe. Eine aktuelle Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Abschlußbericht, Frankfurt a.M. 1998.
- Wilke, R.: Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Rechtliche Probleme familienergänzender Betreuung, in: Zentralblatt für Jugendrecht, 83. Jg., 1996, Heft 4, S. 120-123.
- Schmitt, J.: Ergebnisse einer Umfrage bei den Landesjugendämtern zur geschlossenen Unterbringung, in: Evangelische Jugendhilfe, 1997, Heft 5, S. 263-274.
- Wolffersdorff, C.v.: Der neue Ruf nach geschlossenen Heimen. Anmerkungen zur Wiederkehr eines leidigen Themas, in: Kind, Jugend und Gesellschaft, 43. Jg., 1998, Heft 2, S. 36-40.

Geschlossene Unterbringung – ein Thema der KJHG-Statistik?

[nj] In der Jugendhilfe ist man sich weitgehend einig: Geschlossene Heime schaffen mehr Probleme als sie lösen. Erfahrungen aus der Praxis und Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen haben deutlich die Grenzen und negativen Folgen geschlossener Unterbringungen gezeigt (vgl. Wolffersdorff 1998). Wer jedoch in den letzten Monaten in den Medien die kriminalpolitische Diskussion verfolgt hat, konnte den erneuten Ruf nach geschlossener Unterbringung nicht überhören. Diese wird von Seiten der Politik medienwirksam aufbereitet und als wirksame Lösung zur Bekämpfung von Jugendkriminalität propagiert. Aufgabe der Statistik muß es deshalb sein, fachlich fundierte Erkenntnisse vorzulegen, die gegen eine realitätsverkürzende Berichterstattung ins Feld geführt werden können. So ist beispielsweise das Wissen über die Entwicklung von Platzzahlen in geschlossenen Heimen bzw. Abteilungen sowie über Pflegesätze in diesen Einrichtungen notwendig, um eine empirisch fundierte Diskussion führen zu können.

Bisher kann die KJHG-Statistik hierzu keine entsprechenden Informationen liefern. Deshalb muß auf Umfragen zurückgegriffen werden, die weder regelmäßig noch anhand einheitlicher Kategorien durchgeführt worden sind. So ergab eine aktuelle, bundesweite Befragung der Landesjugendämter, daß in der Bundesrepublik in acht Einrichtungen 122 geschlossene Plätze angeboten werden (vgl. Schmitt 1997). In einer Reihe von Bundesländern sind jedoch gegenwärtig Aktivitäten zu beobachten, die Anzahl der Plätze in geschlossener Unterbringung zu erhöhen. Auch werden Einrichtungen im Grauzonenbereich nicht erfaßt, d.h. Heime, in denen Jugendliche ohne richterlichen Beschluß, aber aufgrund von baulichen Sicherungen oder spezifischen Regelungen faktisch unter geschlossenen Bedingungen leben.

Vor diesem Hintergrund ist es zwingend notwendig, die Entwicklung der geschlossenen Unterbringung in Zukunft verlässlicher verfolgen zu können. Um die Lücke der KJHG-Statistik zu schließen, wurde bei der Überarbeitung der Einrichtungs- und Personalstatistik das Erhebungsmerkmal geschlossene Einrichtung, Abteilung bzw. Gruppe aufgenommen.

Verbesserung der Personal- und Einrichtungsstatistik gelungen

[ms] Im Zuge der Vorbereitung der alle vier Jahre durchzuführenden Teilstatistik »Einrichtungen und tätige Personen«, die am 31.12.1998 erneut ansteht, hat das Statistische Bundesamt in Kooperation mit der Dortmunder Arbeitsstelle und verschiedenen Fachverbänden die Erhebungskategorien dieser Statistik überarbeitet. Insbesondere wurde dabei das Erhebungsmerkmal »Einrichtungsart« weiterentwickelt, indem bisherige Einrichtungsformen ausdifferenziert bzw. neue hinzugenommen worden sind.

So wurde im Bereich der Heimerziehung eine eindeutige Differenzierung zwischen den Innenwohn- und Außenwohngruppen eingeführt. Zusätzlich berücksichtigt wurden zudem die Erziehungsstellen gemäß § 34, die gesicherten Einrichtungen sowie die Jugendhilfestationen zur Durchführung von flexiblen Erziehungshilfen. Ähnliche Veränderungen wurden auch in den Bereichen der Jugendsozialarbeit und der institutionellen Beratung vorgenommen.

Darüber hinaus konnte bei der Erfassung der »tätigen Personen« eine differenzierte Erfassung der wöchentlichen Stundenzahl umgesetzt werden, so daß diesbezüglich künftig präzisere Informationen zum Arbeitsumfang in den Jugendhilfeeinrichtungen zu erwarten sind.

Von arbeitsmarktpolitischer Bedeutung wird die zusätzliche Berücksichtigung der befristeten Arbeitsverhältnisse sowie eine realitätsnähere Beschrei-

bung der überwiegend ausgeübten Tätigkeiten des Personals sein.

Somit steht in Zukunft ein deutlich verbessertes Erhebungsinstrument zur Verfügung, das sicherlich noch manche Lücken aufweist, die allerdings nur durch eine Änderung des § 99 SGB VIII zu schließen sein werden. Mit ersten Landesergebnissen ist im Herbst 1999 zu rechnen.

Software für das Jugendamt

[ms] »Die Technisierung der Sozialarbeit wird voranschreiten« (Kreidenweis 1998, S. 116). Zunehmend nutzen Jugendämter und teilweise Jugendhilfeeinrichtungen kommerzielle Softwareprodukte zur Zahlbarmachung, Erstellung der Geschäftsstatistik, Jugendhilfeplanung und neuerdings auch zur Aktenführung im Sozialen Dienst. In diesem Feld gibt es inzwischen einige Produkte, die ebenfalls die Erfassung der KJHG-Statistik berücksichtigen. Wie bereits in Kom^{Dat} 1/98 angekündigt, sammelt die Arbeitsstelle Informationen über die vorhandenen Software-Programme, um den Überblick zu erleichtern. Die elf uns bekannten Programme können aus Platzgründen nicht einzeln vorgestellt werden. Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, eine differenzierte Gegenüberstellung der Anwendungsgebiete und Leistungsmerkmale der Programme zu erstellen, die gegen eine Schutzgebühr bei der Arbeitsstelle angefordert werden kann.

Generell lassen sich die Programme den Kategorien »vorrangige Zielgruppe« und »inhaltliches Spektrum« zuordnen. Bezüglich der Zielgruppe ist zu unterscheiden zwischen Programmen für die Jugendhilfeverwaltung insbesondere der WJH (z.B. Recos 14, Info 51, Prosoz/J), für den Bereich der Jugendhilfeplanung bzw. Hilfeplangespräche (KICK, Start) und für die elektronische Aktenführung (z.B. Gedok). Das inhaltliche Spektrum konzentriert sich zumeist auf die Erfassung der Hilfen zur Erziehung im Jugendamt.

Leserbrief

Sehr geehrte Kom^{Dat}-Redaktion, »Warum noch ein Info-Dienst?« Mit dieser rhetorischen Frage haben Sie das erste Heft Ihres Informationsdienstes eingeleitet. Nach der Lektüre der ersten beiden Hefte würde ich diese Frage umformulieren und sagen: Endlich ein Informationsdienst über die statistischen Hintergründe der Jugendhilfepraxis, der kurz und knapp neueste Daten zur Verfügung stellt. Zwar gibt es ja seit langer Zeit Jugendhilfe- und andere Verwaltungsstatistiken, aber diese nicht weiter aufbereiteten Datenfriedhöfe machten es den potentiellen Nutzern sehr schwer, die wirklich relevanten Informationen, Trends und Entwicklungen aus ihnen herauszufinden. Hier leistet Ihr Info-Dienst wertvolle und vorbildliche Hilfestellung. Er bietet statistische Informationen in Tabellen oder Grafiken und faßt die wichtigsten Ergebnisse in kurzen Artikeln zusammen. Wer es genauer wissen will, erhält außerdem Hinweise auf weiterführende Literatur.

Nicht selten findet man im sozialpädagogischen Diskurs Aussagen und Interpretationen zur Entwicklung der sozialpädagogischen Handlungsfelder, der Finanz- und Personalausstattung, zum Anwachsen oder Abnehmen von Institutionen, die eher aus Mutmaßungen, aus begrenzter praktischer Erfahrung oder aus unklar abgesicherten Experteneinschätzungen stammen als aus überschaubaren statistischen Informationen. Ihr Info-Dienst könnte ein wesentlicher Beitrag dafür sein, daß solche – politisch wie konzeptionell folgenreichen Annahmen – zukünftig realistischer, d.h. mit Bezug auf die vorhandenen und greifbaren Zahlen erfolgen. Dies kann sowohl dem Selbstverständigungsdiskurs wie auch der notwendigen politischen Legitimation der Jugendhilfe nur gut tun. Besonders hat mir gefallen, daß Ihre Beiträge keineswegs naiv und unkritisch mit der Jugendhilfestatistik umgehen, sondern die Lücken und die begrenzte Aussagekraft der Daten deutlich herausarbeiten.

Ich wünsche dem Info-Dienst Kom^{Dat} eine möglichst weite Verbreitung, sowohl in der Praxis und Politik wie auch in den Bereichen Wissenschaft und Ausbildung. Nach meiner Meinung sollte er Pflichtlektüre für alle Fachkräfte sein. Wenn also gefragt wird, warum noch ein Info-Dienst, so kann die Antwort nur lauten: weil er notwendig ist und in der vorgelegten Form außerordentlich nützlich und informativ. Prof. Dr. Richard Münchmeier
FU-Berlin, Institut für Sozialpädagogik

Aktuelle Literatur mit und über die KJHG-Statistik

Ames, A./Bürger, B.: Untersuchung der unterschiedlichen Inanspruchnahme vollstationärer Heimerziehung im Verbandsgebiet – Eckwerteuntersuchung – Teilbericht II, hrsg. vom Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart 1998.

Der Bericht stellt den vorläufigen Abschluß einer mehrjährigen Untersuchung zur unterschiedlichen Inanspruchnahme von Heimerziehung in Württemberg-Hohenzollern dar. Es wird die Hypothese vertreten, daß die unterschiedliche Inanspruchnahme von Heimerziehung, die u.a. durch die Ergebnisse der KJHG-Statistik bundesweit nachgewiesen wurde, durch drei Faktoren bestimmt wird: 1. die sozialstrukturellen Bedingungen, 2. die Verfügbarkeit anderer, insbesondere ambulanter und präventiver Hilfen und 3. jugendamtsspezifische Wahrnehmungs-, Definitions- und Entscheidungsprozesse.

Die vielfältigen Ergebnisse dieser Studie lassen sich nicht auf eine einzige Formel bringen. Besonders hervorzuheben ist allerdings der nachgewiesene deutliche Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Belastungsfaktoren und der Inanspruchnahme von Heimerziehung. Somit ist der Bericht – nicht nur für Jugendhilfeplaner – eine Fundgrube für empirisch nachgewiesene Erkenntnisse zur Fremdunterbringung.

Herausgeber:

Prof. Dr. Th. Rauschenbach

Redaktion:

Matthias Schilling

Inge Weigang-Kather

Erscheinungsweise: 3mal jährlich

Impressum

ISSN 1436-1450

Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- &
Jugendhilfestatistik

Universität Dortmund,
Institut für Sozialpädagogik, Er-
wachsenenbildung und Pädagogik
der Frühen Kindheit
CDI-Gebäude, Vogelpothsweg 78,
44227 Dortmund

Tel.: 0231/755-5557 o. -5554

Fax: 0231/755-5559

E-mail:

Schilling@ISEP.FB12.Uni-Dortmund.de

Satz:

Dortmunder Arbeitsstelle

Druck:

Offsetdruck J. Heinze Dortmund

Seite 6 fehlt